Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 30. Montag den 18. Januar 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Als **Abladeplatz** für **Schnee** und **Eis** sind für den gegenwärtigen Winter die nachverzeichneten Plätze bestimmt worden und ist deren Benutzung jederzeit allen Leipziger Einwohnern gestattet.

1) Parcelle Nr. 2786 der Stadtflur, gelegen rechts vom Fahrwege nach dem Berliner Güterbahnhof;
2) die zu dem Gute Thonberg gehörige Parcelle Nr. 67 alt / 170 neu der Flur Thonberg, gelegen am Windmühlenwege;
3) die Abtheilungen 1, 2, 3, 4, 5, 6 des Eutritzscher Rodelandes, gelegen zu beiden Seiten des Weges von der Heiligen Brücke nach der ehemaligen Rathsziegelei;
4) Abtheilung 2 und 3b der Ranstädter Viehweide, gelegen rechts am Leutzscher Wege hinter dem Perlig'schen Zimmerplatz;
5) Parcelle Nr. 388 von Reudnitz, gelegen an dem von Anger-Crottendorf nach Stötteritz führenden Communicationswege vor der Verbindungsbahn;
6) Abtheilung 20 der Ranstädter Viehweide, gelegen vom Kuhthurm und der Lindenauer Chaussee, rechts vom Wege, welcher vom Kuhthurm nach dem Leutzscher Weg führt;
7) Abtheilung A der Gohlis'er Mühlwiese, gelegen am Gohlis'er Wehr im Rosenthale, gegenüber dem Kaiserpark.

Die vorgedachten Plätze sind durch Placattafeln bezeichnet.

Das Abwerfen von Schnee und Eis aus den Grundstücken auf Straßen und öffentliche Plätze ist ebenso wie die Ablagerung desselben auf Privatareal, welches unmittelbar an den öffentlichen Verkehrsraum angrenzt, bei 15 ℳ Strafe für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten.

Leipzig, am 5. Januar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 13601. Dr. Georgi. Stahl.

Bekanntmachung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Eckgebäude an der Markthalle — **Kurprinzstraße Nr. 14** — sind folgende Mietherräume, als:

1) das an der Brüderstraße gelegene **Verkaufsgewölbe A** von 37,74 qm Flächengehalt mit einem Nebenraum von 17,80 qm und einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 36,10 qm,
2) das an derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe B** von 32,19 qm Flächengehalt mit einem größeren Nebenraum von 15,80 qm und einem kleineren von 2,35 qm, sowie einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 21,70 qm,
3) das an derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe C** von 32,10 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 21,70 qm,
4) das an der Ecke der Brüder- und Kurprinzstraße gelegene **Verkaufsgewölbe D** von 56,30 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 45,50 qm,

sofort auf sechs Jahre zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 12. Januar 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

II. Realschule,
Chausseestraße.

Die **Anmeldungen zur Osternaufnahme** werden **Montag**, den 18., **Dienstag**, den 19., Vormittags von 10—12 Uhr, und **Mittwoch**, den 20. Januar, von 11—1 Uhr angenommen.

Bei der Anmeldung sind Taufzeugniß oder Geburtsschein, Impfschein und letztes Schulzeugniß vorzulegen.

Leipzig-Reudnitz, den 2. Januar 1892.

J. V.: Dr. **J. Burckhardt.**

Bekanntmachung.

Der Preis für den in den städtischen Gasanstalten erzeugten Koks beträgt loco Gasanstalt I und loco Gasanstalt II:

für den Hektoliter Steinkohlen-Grobkoks	1 ℳ	20 ₰
„ „ „ „ Kleinkoks	— „	85 „
„ „ „ „ verkleinerten Steinkohlenkoks, sogenannten Meidinger-Koks	1 „	25 „
„ „ „ Steinkohlen-Perlkoks	— „	60 „
„ „ „ Braunkohlen-Koks	— „	55 „
„ „ „ Steinkohlenkoks-Gras	— „	25 „

Preis bei Abnahme größerer Posten nach Vereinbarung.

Die Marken zur Koks- und Gras-Entnahme sind gegen Baarzahlung, soweit die Vorräthe an Koks ꝛc. reichen, in den Geschäftsstellen der Gasanstalten zu erhalten.

Zur größeren Bequemlichkeit des Publicums liefert die Gasanstalt den Koks auch frei ins Haus Leipzig. Die Kosten hierfür betragen bei jeder Sorte 15 ₰ für den Hektoliter. Die Lieferung geschieht dann in plombirten Säcken. Etwaige Bestellungen wolle man entweder mündlich oder durch die Post in den Geschäftsstellen der Gasanstalten oder in der Rechnungs- und Cassenverwaltung der Gasanstalten, Kurprinzstraße 14, machen.

Ferner haben wir bei
Herrn **Fr. Rohr's Nachf.**, Inh. Herr **Karl Kleine**, Schenkenstr. 5,
Herren **Bernh. Franz & Co.**, Südplatz 8 und Leipzig-Plagwitz, Gleisstraße,
Herrn **J. G. Steinborn**, Zeitzer Straße 17,
Herrn **A. Tamm**, Petersteinweg 21,
Herrn **Karl Käppel**, Ranstädter Steinweg 25,
Herrn **W. Helbig**, Davidstraße 3,
Herrn **Albert Thieme**, Eutritzscher Straße 19,
Herrn **J. A. Günther**, Davidstraße 8,
Herrn **Ferd. Graban**, Leipzig-Neustadt, Alexstraße 72,
Herrn **Robert Rößner**, Leipzig-Lindenau, Kaiser Wilhelmstraße 19/23,
Herrn **Fr. Schnurbusch**, Windmühlenweg,
Herrn **Fritz Börwolf**, Leipzig-Plagwitz, Nonnenstr. 17,
Herrn **Rudolph Heinrich Nachf.**, Leipzig-Plagwitz, Gleisstraße,
Herrn **Louis Köcke**, Leipzig-Connewitz, Herzogstraße 20,
Herrn **G. Gröber**, Leipzig-Gutritzsch, Turnerstraße 3,
Herrn **H. G. Schlichting**, Leipzig-Thonberg, Reitzenhainer Str. 22,
Herrn **Franz Burghansen**, Leipzig-Connewitz, Am Bahnhof 81,
Herrn **Karl Gibe**, Körnerstraße 46,
Herrn **T. Schmidt**, Tölitz-Leipzig,
Herrn **Otto Riede**, Leipzig-Thonberg, Kirchstraße 7,
Herrn **Karl Schmidt**, Kreditstraße 13,
Herrn **Julius Schlobig**, Körnerstraße 50,
Herrn **C. F. Haferkorn**, Körnerstraße 28,
Herrn **Emil Jahr**, Leipzig-Thonberg, Reitzenhainer Str. 88,

ein Lager der sämmtlichen Koksorten errichten lassen und kann die Entnahme zu den obenbezeichneten Preisen auch an diesen Stellen geschehen, an welchen der Koks ebenfalls in plombirten Säcken gehalten wird.

Leipzig, am 16. Januar 1892.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Dienstag, den **19. Januar** d. J., sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf den Mittelwaldschlägen Abth. 15a und 16a

ca. 50 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite**,
„ 170 „ Eichen-
„ 4 „ Weißbuchen-
„ 13 „ Aliseren-
„ 5 „ Ellern-
und „ 15 „ Ellern-Rollen

Brennscheite

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Auf dem Holzschlage im Streitholze an der neuen Linie hinter der **Stadtwasserkunst.**

Leipzig, am 5. Januar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Donnerstag, den 21. Januar d. J., sollen von Vormittags 9 Uhr an im sogenannten **verschlossenen Holze** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 32 a, b, c und 33 a, b des **Burgauer** Forstreviers in der Nähe des **neuen Schützenhauses**

23 Rmtr. **Eichen-Nutzscheite** I. u. II. Cl.
123 „ Eichen-
23 „ Buchen-
30 „ Aliseren-
11 „ Ellern-
12 „ Linden- und
10 „ Eichen-

Brennscheite

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Schlage in Abth. 32 a, b, c.

Leipzig, am 13. Januar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Leipzig, 18 Januar.

* In dem Befinden des Vicepräsidenten des Staatsministeriums Dr. von Boetticher ist, wie die „N. A. Z." hört, bereits Besserung eingetreten. Der Minister konnte heute Vormittag das Bett wieder für einige Stunden verlassen.

* Die Neuordnung der Gehälter der preußischen **Unterbeamten soll nach dem neuen Staatshaushalt vom 1. April 1892 ab derart stattfinden, daß das Mindestgehalt sich erhöht um bestimmte Alterszulagen nach Maßgabe der** Dienstzeit seit der etatsmäßigen Anstellung. Die Alterszulagen werden gewährt von drei zu drei Jahren und betragen je nach den verschiedenen Beamtenkategorien 60, 80 und 100 Mark. Für die Mehrzahl der Beamtenkategorien sind sieben Alterszulagen vorgesehen, so daß das Höchstgehalt nach 21 Jahren erreicht wird. Bei einzelnen Kategorien aber wird das Höchstgehalt schon nach 15 bis 18 Jahren erreicht. Der Gesammtaufwand an Gehältern für Unterbeamte wird nach völliger Durchführung des Systems nicht größer sein als gegenwärtig. Vorher aber treten vielfach Mehrausgaben ein. Bei einer Beförderung soll der Beamte keinesfalls einen Gehaltsabzug erleiden, sondern in diejenige Altersclasse des neuen Amts eintreten, der sein bisheriges Einkommen entspricht.

* Der **Volksschulgesetzentwurf** hat, wie jetzt verlautet, auch im **preußischen Staatsministerium** starken Widerspruch gefunden. Es werden zwei Minister genannt, welche dagegen gestimmt haben.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: Das Schicksal des **Volksschulgesetzes** wird vorzugsweise von den **Conservativen** abhängen. Sie können ohne Zweifel mit Hilfe des Centrums das Gesetz im Wesentlichen nach dem Zedlitz'schen Entwurf zu Stande bringen. Wenn man die „Kreuzzeitung" hört, so wäre dieser Verlauf der Angelegenheit schon so gut wie sicher. Das hochreactionäre Blatt ist ganz begeistert von dem Entwurf, warnt das Centrum nur vor noch weitergehenden Forderungen und bemängelt die finanzielle Grundlage, die Verwendung eines Theils der Ueberschüsse aus der Einkommensteuer zu Schulzwecken statt zur Herabminderung der Grund- und Gebäudesteuer. Man würde indessen irren, wenn man diesen Standpunct ohne weiteres als denjenigen der ganzen conservativen Partei ansehen wollte. Die „Kreuzzeitung" stellt je länger je mehr nur die Anschauung der extremsten Gruppe innerhalb der conservativen Partei dar, und aus Unterhaltungen mit gemäßigteren Mitgliedern dieser Partei kann man deutlich ersehen, daß auch auf der Rechten schwere Bedenken und Einwendungen gegen den vorliegenden Entwurf erhoben werden. Die Zustimmung der conservativen Partei in ihrer Mehrheit wird schwerlich ohne einschneidende Abänderungen der Vorlage zu erlangen sein, und ob dadurch nicht wiederum das Centrum abgestoßen wird, ist eine heute noch nicht zu beantwortende Frage. Nach der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses müßten etwa zwei Drittel der conservativen Partei mit Centrum und Polen zusammenstimmen, um eine Mehrheit zu bilden. Ob dies zu erzielen sein wird, ist der „springende Punct" der Situation. Die conservative Partei steht vor sehr ernsten Entscheidungen und die schon lange herrschenden Gegensätze in ihrem Schooße werden auf das Schärfste aufeinander stoßen. Die Neigung zu immer weiteren Liebesdiensten an den Clericalismus dürfte doch allmälig auch in der Stimmung der protestantischen conservativen Wähler eine Grenze finden.

* Man schreibt der „Berl. Börs.-Ztg.": Nachdem die „Paraphirung" der Windthorst'schen Schulanträge durch die königl. Staatsregierung erfolgt ist, werden wohl die Fragen, ob ein „neuer Curs" eingeschlagen ist und in welcher Richtung er sich bewegt, verstummen. Die erlangte Aufklärung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ebenso merkwürdig wie er selbst sind die begleitenden Umstände. Der ob seines politischen Fernblickes allerdings nicht berühmte Abgeordnete Richter hat in der Reichstagsverhandlung vom Dienstag feststellen zu dürfen geglaubt, Stöcker's Uhr sei abgelaufen. Achtundvierzig Stunden später erschien dieses Volksschulgesetz und mit ihm der Beweis, daß die Uhr dieses Herrn eben erst frisch aufgezogen worden war. Für Leute, die Politik und nicht persönliche Hetze treiben, ist es vollkommen gleichgiltig, ob Stöcker zur Zeit des Triumphes seiner Ideen Hofprediger oder Privatprediger ist. Er ist der Sieger, und an dieser Thatsache würde nicht einmal etwas geändert, wenn er selbst die eine oder die andere Bestimmung des Volksschulgesetzes als sogar über seine Wünsche hinausgehend bekämpfen sollte. Stöcker's Anschauung von dem Verhältnisse der Kirche zum Staate kommt in der Regierungsvorlage rein zum Ausdruck, es mag ihm sehr komisch erscheinen, in diesem Augenblick von dem Führer einer Partei, die sich „freisinnig" nennt, als besiegt und abgethan hingestellt zu werden. Indessen mag außer der Kurzsichtigkeit auch die Verlegenheit ihren Antheil an dem denkwürdigen Anspruche des Herrn Richter haben. Nach der Einbringung dieser Vorlage geht es denn doch nicht mehr an, vor Leuten, die noch etwas Anders als Freihändler sind, die vom Deutschfreisinn besorgte Bewirthschaftung des neuen Curses zu rechtfertigen. Und — was noch bitterer ist — in welchem Lichte erscheinen nun die früheren und die heutigen Beschimpfungen des Fürsten Bismarck, unter dessen Minister-Präsidentschaft — um nun vom Schulwesen zu reden — ein Mühler ging und ein Falk kam, und Falk vielleicht nur deshalb einem Puttkamer weichen mußte, weil die Deutschfreisinnigen die Schul- und Kirchenpolitik des leitenden Ministers im Stiche ließen. Die Reaction, die man unter Wilhelm I. und Bismarck unausgesetzt als „kommend" ausmeldete, ist jetzt wirklich da, echt und recht. Aber nicht der mit dem glühenden Haß der Demokratie verfolgte Bismarck ist es, der sie über die Schwelle geleitet! Noch mehr als dies: Von Konstanz bis Königsberg fände der Deutschfreisinn keinen Menschen, der nicht mit Hohnlachen die Versicherung beantworten würde, daß auch unter dem Ministerium Bismarck ein solches Schulgesetz möglich gewesen sei.

* Die Wahl für das bisher von dem Stadtdirector Tramm innegehabte eine **Landtagsmandat der Stadt Hannover** findet am 25. Januar statt.

* In einem Artikel über die Beendigung des Buchdruckerstreiks sagen die „Münchner Neuesten Nachrichten": „Ob freilich ein dauernder Friede möglich ist, so lange die jetzigen Führer, welche mit allen, auch den bedenklichsten Mitteln, mit Lügen und Trügen den Streik so lange hinausgezogen, das Vertrauen der Gehilfen genießen, muß leider bezweifelt werden. Darum wird es Sache der Principale sein, überseits durch Schaffung einer Organisation, die den Arbeitern Garantien für die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität bietet, diesen gewissenlosen Elementen den Boden abzugraben und die Gehilfenschaft fester und sicherer an das Gewerbe zu fesseln, als dies bisher der Fall gewesen. Es ist erfreulich, daß die vorbereitenden Schritte zu diesem Unternehmen bereits so weit gediehen sind, daß das Gelingen des Werkes nur noch als eine Frage der Zeit erscheint."

* Nach dem „Schwäb. Merkur" ist eine neue Probe eines **Waffenrockes** für das XIII. (Württembergische) Armeecorps angeordnet worden. Der Waffenrock soll nach preußischem Muster nur eine Knopfreihe haben.

* * *

* Von Wien aus war die Nachricht verbreitet worden, der neue **Präsident der österreichischen Staatsbahnen**, Dr. von Bilinski, habe seine Thätigkeit damit begonnen, daß er seinen galizischen Landsleuten, den dortigen Mühlenbesitzern, einen 17procentigen Tarifnachlaß gewährte, eine Begünstigung, zu welcher sich die frühere Karl-Ludwigbahn nie verstanden habe. Heute erhält aber die „Vossische Zeitung" bereits folgende Meldung:

Wien, 16. Januar. Die polnischen Blätter widerlegen die Nachricht, daß Bilinski seine Thätigkeit mit Gewährung von Rabatten an die galizischen Mühlen eröffnet habe. Die Rabatte habe bereits bestanden.

* Im **österreichischen Abgeordnetenhaus** führte bei der fortgesetzten Debatte über die **Handelsverträge** der Handelsminister **Marquis Bacquehem** aus, die Opfer, welche dabei von den Contrahenten getragen würden, müßten als Versicherungs-Prämien für die zwölfjährige Dauer der Handelsverträge angesehen werden. Was noch erübrige, „liege nach Osten". Die Regierung sei überzeugt von der großen Bedeutung der dort liegenden Absatzgebiete für die Producte der österreichischen Industrie und werde in dieser Beziehung nichts unterlassen. Sie befinde sich hierbei in vollem Einverständniß mit der ungarischen Regierung. Der Minister besprach hierauf die einzelnen Handelsverträge und hob dabei die Vortheile des Handelsvertrages mit Deutschland auf landwirthschaftlichem Gebiete hervor. Jedoch dürfe nicht behauptet werden, daß die Verträge nur im Interesse Ungarns abgeschlossen seien; der erleichterte Absatz der ungarischen Bodenproducte werde auch Oesterreich zu Gute kommen. Der Minister wendete sich ferner gegen die Jungtschechen, welche gegen die Verträge opponirten, weil das Bündniß mit Deutschland ihre Sympathien nicht besitze. Der Minister erklärte weiter, bei der Abfassung der Verträge habe der feste Entschluß obgewaltet, die übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfange auszuführen, auch jene bezüglich der Eisenbahntarife. An diesem Beschlusse würden alle Betheiligten festhalten. Er beabsichtige demnächst mit der völligen Aufhebung der Publicationsdispense bezüglich der Refactien vorzugehen. In dem Vertrage mit Italien sei der Leinenzoll die einzige verschlechterte Position, was durch bahntarifmäßige Erleichterungen ausgeglichen werden solle. Die Bestimmung betreffs der Weinzölle bedeute blos die Aufrechthaltung des status quo. Italien werde auch nach dem 1. Februar 1892 von der Klausel voraussichtlich keinen Gebrauch machen, nachdem es dies nicht einmal bei dem Ausbruch des Zollkrieges mit Frankreich gethan habe. Er appellire an die Tyroler Abgeordneten, sich ihre Abstimmung gut zu überlegen. Der 1. Februar 1892 würde durch die Verträge zum Geburtstag neuer positiver Schöpfungen. Oesterreich-Ungarn habe in dieser großen Action eine gute Rolle gespielt und habe sich hierbei einmüthiger Zustimmung erfreut, weil die Zielpuncte der Verträge allgemeine Sympathien besäßen. Der Minister schloß, Oesterreich-Ungarn halte treu an dem politischen Bündniß mit Deutschland und Italien fest, welches die Sicherung des europäischen Friedens bezwecke; hinzugetreten sei die Vereinigung zur Sicherung des wirthschaftlichen Friedens ebenso aufrichtig, ebenso mächtig, indem die eine die andere erhebe, ergänze und festige. (Lebhafter wiederholter Beifall, große Bewegung.) Nach dem Handelsminister sprachen die Abgeordneten Laginja und Spindler gegen die Verträge, der Abgeordnete Exner für dieselben. Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen.

* Der französische Botschafter in Bern hat mit Bezug auf die **Handelsbeziehungen** zwischen der **Schweiz** und **Frankreich** nach dem 31. Januar mit Herrn Bundesrath Droz verschiedene Besprechungen gehabt, welche die Schwierigkeit der Lage nur bestätigt haben. Auf der einen Seite muß der Bundesrath auf den wachsenden Widerstand gegen jedes Zugeständniß an Frankreich hinweisen, welcher sich in der Schweiz zeigt, sofern Frankreich nicht mehr als den Minimaltarif bieten sollte, auf der andern erklärt sich die französische Regierung für gebunden. Herr Arago soll nach der Lausanner „Revue" auf Belgien hingewiesen haben, welches den Minimaltarif angenommen habe, worauf aber bedeutet wurde, Belgien habe dafür auf andern Gebieten Zugeständnisse erhalten. Die Unterhandlungen der Schweiz mit **Italien** scheinen sich in der That so schwierig zu gestalten, daß man annehmen muß, es werde bis zum 12. Februar, dem Zeitpunct des Erlöschens des alten Vertrages, noch kein neuer abgeschlossen sein. Die Verhandlungen nehmen zwar ihren Fortgang, aber in den Hauptfragen soll noch keinerlei Verständigung erzielt worden sein.

* In der **italienischen** Deputirtenkammer erklärte der Ministerpräsident di Rudinì auf eine Anfrage des Deputirten Giovagnoli, es sei unrichtig, daß die Unruhen in Marokko mit Vorbedacht herbeigeführt und das Werk irgend einer europäischen Macht seien. Es handle sich nur um einen Aufstand der Eingeborenen gegen den Pascha von Tanger. Die Regierung habe ein Kriegsschiff zum Schutze der Italiener dorthin entsendet. Sie werde weitere Maßnahmen treffen, wenn die Ereignisse es nöthig machten. Giovagnoli nahm die Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntniß. Das Haus setzte sodann die Debatte über die Handelsverträge fort. Colaianni (äußerste Linke) bekämpfte die Verträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, welche nur durch die Idee der Consolidation der Tripleallianz eine legitime Berechtigung hätten. Die wahren wirthschaftlichen und nationalen Interessen Italiens verlangten die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Frankreich, welches Italien durch die Ausnutzung der Münzconvention schwer schädigen könne. — Valle sprach für die Verträge. — Wicchi erklärte sich gegen die Handelsverträge. Dieselben eröffneten den italienischen Weinen keine neuen Absatzgebiete, Oesterreich-Ungarn habe keinerlei Zugeständnisse gemacht. Redner forderte die Regierung auf, mit Oesterreich-Ungarn betreffs provisorischer Anwendung der Klausel über die gegenseitige Herabsetzung der Weinzölle in Unterhandlung zu treten.

* Der Justizminister Fallières hat in der **französischen** Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die **Freiheit der Associationen** unter gewissen Bedingungen ausspricht, jedoch gleichzeitig deren Besitz an beweglichen und unbeweglichen Gütern durch Verordnungen regelt. Die Associationen, denen Fremde angehören, sollen durch Regierungsdecret aufgelöst werden können.

* Der **Pariser** Gemeinderath bewilligte, wie bereits gemeldet, für die **streikenden Kutscher** der Compagnie urbaine 10 000 Frcs. Im Zusammenhang mit diesem Beschlusse darf darauf hingewiesen werden, daß jetzt bereits in der französischen Hauptstadt Besorgnisse gehegt werden, weil in diesem Jahr die Wahlen für den Gemeinderath auf den 1. Mai fallen. Einige Blätter fordern auch bereits die Regierung auf, einen andern Termin für die Gemeinderathswahlen zu bestimmen, damit nicht die an diesem Tage feiernden Arbeiter die Gelegenheit für günstig erachten, der Bourgeoisie eine besondere Ueberraschung zu bereiten. Dagegen wird von anderer Seite geltend gemacht, daß durch eine solche Kundgebung der Besorgniß der 1. Mai in den Augen der Socialisten eine besondere Weihe erhalten würde. „Hieße es nicht gewissermaßen auf dem Wege der Gesetzgebung beschließen, daß dieser Tag für die Emeute bestimmt und daß der regelmäßige Lauf des öffentlichen Lebens aufgehoben ist?" Das „Journal des Débats", das diese Frage aufwirft, kann sich denn auch nicht mit dem Plane befreunden, des „Arbeiterfeiertages" wegen die Gemeinderathswahlen in diesem Jahr auf einen andern Tag als den 1. Mai zu verlegen.

* Der Tod des **Herzogs von Clarence** nimmt fortgesetzt das öffentliche Interesse in Anspruch. Die Kundgebungen tiefster Theilnahme aus allen Theilen des britischen Reiches mehren sich stündlich. Die am Hofe von St. James beglaubigten Botschafter und Gesandten der fremden Mächte machten Lord Salisbury im Auswärtigen Amt ihre Aufwartung und übermittelten Beileidsbotschaften ihrer Regierungen. In einer amtlichen Kundmachung wird der Tod des Herzogs als beklagenswerther Verlust für die Königin, für seine erlauchten Eltern und Anverwandten bezeichnet. Die Officiere der Armee und Flotte legen Trauer für sechs Wochen an. Der **deutsche Kaiser** wird bei der Bestattung durch den **Prinzen Heinrich**, der Zar durch seinen zweiten Sohn vertreten sein. Der Großherzog von Hessen wird in England erwartet, desgleichen der dänische Kronprinz, sowie ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses. Seit Donnerstag haben nahezu 2500 Personen der höchsten Stände, alle in tiefster Trauer, ihre Namen in das in Marlborough-House ausgelegte Beileidsbuch eingeschrieben. Die Prinzessin von Wales und die Prinzessin von Teck sind unpäßlich. Von maßgebender Seite wurde vorgeschlagen, die für Hochzeitsgeschenke gesammelten ansehnlichen Geldsummen der Prinzessin von Teck als Nationalattribut tiefster Theilnahme zuzuwenden. — Es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber walten, daß der Herzog sich eine schwere Erkältung beim Begräbniß des Prinzen Victor von Hohenlohe zuzog, und daß die Vernachlässigung derselben die schreckliche Krankheit zur Folge hatte. Begräbnisse im Winter sind eine Gefahr für die Leidtragenden, welche leider nur zu wenig gewürdigt wird. Aus der warmen Stube geht es hinaus in die eisige Kälte zum Grabe, wo man mit entblößtem Haupte dem Wind und Wetter trotzen muß. Nur Wenige können sich dies ungestraft zumuthen; für schwächliche Naturen ist es aber geradezu lebensgefährlich — und der Herzog war durchaus nicht kräftig angelegt. Er hatte vermuthlich gehofft, die Erkältung durch scharfe Bewegung im Freien auszuwerfen; denn ohne sich etwas merken zu lassen, nahm er an zwei Tagen hintereinander an Treibjagden in der Nähe von Sandringham Theil. Am zweiten Tage überkam ihn eine solche Erschlaffung und Kälte, daß er sich genöthigt sah, vor Ende des Sports nach Hause zurückzukehren. Die Krankheit hatte sich mittlerweile, d. h. ehe ärztliche Hilfe angerufen wurde, auf die Lungen geworfen und derartig entwickelt, daß die Aerzte eine Rettung für kaum möglich erachteten. Nach